

## MEDIENKONFERENZ DES LUZERNER KOMITEES VOM 23. AUGUST 2022

### ALLGEMEINER EINSTIEG

Vroni Thalman-Bieri, Kantonsrätin SVP

Am 25. September kommt die Massentierhaltungsinitiative vors Volk.

Die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz" verlangt, dass die Nutztierhaltung zur "Wahrung der Würde der Tiere" mindestens die Bio-Suisse Anforderungen aus dem Jahr 2018 einhalten muss. Der geforderte Standard existiert bereits mit den heute vorhandenen Bio-Angeboten und anderen Tierwohllabels.

Die Forderungen der Initianten nach dem Schutz der Würde des Tieres und nach keiner systematischen Verletzung des Tierwohls sind unnütz. Bereits heute wird die Würde der Tiere geschützt. So beruht das Tierwohl auf den folgenden fünf Freiheiten: frei von Hunger und Durst, physischen Belastungen, von Schmerz, Verletzungen und Krankheiten, Furcht und Gefahr sowie der Freiheit, normales artgemässes Verhalten zeigen zu können. All dies ist in der Schweiz garantiert, mit dem weltweit strengstens Tierschutzgesetz. Detaillierte Ausformulierungen der Gesetze und regelmässige Kontrollen stellen dies sicher. Zudem besteht bereits das Angebot an Label- und Bioprodukten. Das Angebot ist grösser als die Nachfrage. Die Konsumenten haben bereits heute die Wahl und entscheiden sich leider häufiger für die günstigeren Produkte. Eine Einschränkung der Wahlfreiheit führt zu mehr Importen und mehr Einkaufstourismus. Die Importe hätten zwar die gleichen Anforderungen, die Umsetzung und Überprüfung lässt sich jedoch stark bezweifeln, da die Richtlinien der Welthandelsorganisation WTO verletzt werden würden.

Wir Bäuerinnen und Bauern nehmen unsere Verantwortung den Tieren gegenüber wahr und unterstützen, wenn immer möglich, mehr Tierwohl bereits heute. Es ist uns eine Herzensangelegenheit, dass es den Tieren gut geht. Die zusätzlichen Kosten müssen jedoch abgegolten werden, damit eine kostendeckende Produktion überhaupt möglich wird. Die Initiative und ihre Anliegen sind unnötig, weshalb unsere Bauernfamilien sie grossmehrheitlich ablehnen.

## EIN KLASSISCHES EIGENGOAL: HÖHERE KOSTEN UND MEHR IMPORTE

Damian Müller, Ständerat FDP

Unsere Landwirtschaft zeichnet sich durch ein extrem hohes Tierwohlniveau aus. Auch vielen Konsumentinnen und Konsumenten ist es wichtig, dass es den Tieren gut geht. Schon heute verzeichnen Bioprodukte in der Schweiz deshalb eine grosse Nachfrage, und ich vertraue den Mechanismen des Marktes auch in der Landwirtschaft: Je mehr Menschen Bio-Produkte kaufen, desto mehr Bauernfamilien werden ihre Produktion umstellen.

Die Initiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz" sieht dagegen vor, das Angebot staatlich zu steuern. Wenn wir das zulassen, gibt es keine Wahlfreiheit mehr für die Konsumentinnen und Konsumenten. Tierische Lebensmittel würden sich je nach Produkt um 20 bis 40 Prozent verteuern, und das Portemonnaie der Schweizer Kundschaft würde mit rund 1'800 Franken im Jahr zusätzlich belastet. Die Folgen davon liegen auf der Hand: Unsere einheimischen Produkte könnten mit den Importen preislich nicht mehr mithalten. Noch mehr Personen als heute würden im grenznahen Ausland einkaufen, der Einkaufstourismus nähme zu. Leidtragende wären nicht nur die Schweizer Bäuerinnen und Bauern, sondern auch die hiesigen Detailhändler, weil auch andere Produkte vermehrt im Ausland gekauft würden.

Diese Initiative bringt aber nicht nur für die Bäuerinnen und Bauern und die Kundschaft grosse Probleme: Auch wirtschaftspolitisch ist sie alles andere als durchdacht. Künftig dürften nur noch Tierprodukte aus dem Ausland in der Schweiz verkauft werden, die nach denselben Vorschriften gehalten wurden, wie sie in der Schweiz gelten. Diese Importauflagen wären ein klarer Verstoss gegen unsere WTO-Verpflichtungen. Letztlich bliebe uns nur der Austritt aus der Welthandelsorganisation. Oder – und das wäre wahrscheinlicher: Wir müssten die Vorgaben einseitig umsetzen. Damit würden wir die Schweizer Produktion und die einheimischen Rohstoffe und Landwirtschaftsbetriebe mutwillig vom Markt verdrängen. Es wäre ein klassisches Eigengoal!

Deshalb: Die Tierhaltungsinitiative ist unnötig und schädlich. Bauen wir das bereits heute bestehende breite Angebot in der Landwirtschaft weiter aus. Schauen wir, dass das produziert wird, was die Kundinnen und Kunden wollen. Ich stimme darum aus Überzeugung Nein gegen die unnötige Tierhaltungsinitiative.

## ENTWICKLUNG TIERSCHUTZ UND LABEL

Claudia Huser, Fraktionspräsidentin und Kantonsrätin GLP

Unsere Bauernfamilien leisten sieben Tage die Woche und 365 Tage im Jahr einen grossen Einsatz, damit die Tiere rund um die Uhr versorgt sind. Mit den Tieren sind sie eng verbunden, denn es sind nicht nur ihre "Berufskollegen", nein, sie sind wohl wie eine Familie. Eine Legehenne würde nicht jeden Tag ein Ei legen, wenn sie sich im Stall nicht wohlfühlen würde.

Die Entwicklung der gesetzlichen Grundlagen zum Tierschutz in der Schweiz ist beeindruckend. Nach der Einführung vom Tierseuchengesetz im Jahr 1966 folgte 1990 das Tierschutzgesetz und 1991 wurde die Tierschutzverordnung eingeführt. In den nächsten gut dreissig Jahren folgten weitere sechs Gesetze und Programme im Rahmen des Tierschutzes. Das Tierwohl steht in der Schweiz im Mittelpunkt, steht aber immer mehr im Konflikt mit den Umweltauswirkungen, welche durch zum Beispiel mehr Auslaufflächen verursacht werden. Das ist auch der Hauptgrund, warum ich gegen die Initiative bin: Durch die Initiative würden noch mehr bisher unverbaute Flächen durch die Anforderung an grössere Ställe verbaut werden. Das kann nicht unser Ziel sein.

Es gilt, einen vernünftigen Mittelweg zu finden. Fleisch soll mit viel Wertschätzung konsumiert und regional eingekauft werden. Ich vertraue den Schweizer Bäuerinnen und Bauern und bin überzeugt, dass sie auch weiter das Tierwohl verbessern werden. Dafür verantwortlich sind aber nicht nur die Bauern, sondern auch die Konsumentinnen und Konsumenten, welche mit ihrem Einkaufsverhalten die Landwirtschaft massgeblich beeinflussen. Den Detailhandel, welcher mit den hohen Margen für überhöhte Preise bei den Labelprodukten sorgt, müssen wir in Zukunft besser in die Pflicht nehmen.

Die Bauernfamilien haben investiert und erfüllen die Labelanforderungen denn z.B. beim Schweine-Labelfleisch liegt die Nachfrage bei 30 Prozent, obwohl 60 Prozent der Schweine nach den Label-Anforderungen gehalten werden. Das Angebot ist da, nutzen Sie es und die Bäuerinnen und Bauern werden die Nachfrage weiter decken.

## ENTWICKLUNG TIERWOHL

Fabienne Bürgisser, Tierärztin

Das Tierwohl wird in der Schweiz grossgeschrieben. Wie wir vorhin gehört haben, wurde und wird es ständig weiterentwickelt und verschärft. In den letzten dreissig Jahren mussten rund 30'000 Landwirtschaftsbetriebe aufgegeben werden. Bestehende Betriebe konnten sich vergrössern, weiterentwickeln und können durch mehr Mechanisierung und Automatisierung mehr Tiere betreuen, als dies früher möglich war. Das heisst aber nicht, dass dabei das Tierwohl zu kurz gekommen ist. Im Gegenteil. Die Branche engagiert sich stark. So wird z.B. mit dem SuisSano-Gesundheitsprogramm bei Schweinen die Gesundheit verbessert und der Antibiotikaeinsatz reduziert. Das Programm garantiert ein modernes Gesundheitsmanagement und verringert sowohl das Einschleppen von Krankheitserregern als auch das Erkranken der Tiere.

Die Tierhaltungsinitiative möchte die Massentierhaltung verhindern, wie es der Name bereits erklärt. Doch in der Schweiz gibt es keine Massentierhaltung. Die Höchsttierbestandesverordnung, welche 1980 eingeführt wurde, limitiert die maximale Tierzahl pro Betrieb.

Die Tierbestände sind gewachsen. Das ist wahr. Grössere Tierbestände bedeuten jedoch nicht, dass das Tierwohl leidet. Die bestätigt die Studie von Nutztiergesundheit Schweiz. Es wurde eine Analyse durchgeführt, ob ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Tierwohl und der Bestandes- resp. der Gruppengrösse besteht. Konkrete qualitative Tierschutzvorgaben schützen das Tierwohl mehr als Höchstbestände. Auch numerische Vorgaben wie die Gruppengrösse führen nicht generell zu verbessertem Tierwohl. Wichtiger als die Wiederholung bereits vorhandener Gesetzesartikel, was bei einer Annahme der Fall wäre, ist die lückenlose Umsetzung der bereits vorhandenen Vorgaben. Die Autoren der Studie schreiben auch, dass die zunehmende Technisierung deutliche Chancen bringt, welche im positiven Sinne unterstützt und nicht verboten werden sollten.

Sie sehen, die Schweizer Landwirtschaft ist auf dem richtigen Weg. Wir alle wollen, dass es den Tieren gut geht. Für mich ist es aber keine Lösung, das Problem ins Ausland zu verlagern und gleichzeitig in der Schweiz neue Probleme zu schaffen. Mit dem Kauf von Labelprodukten können Sie bereits heute das Tierwohl weiter fördern, mit der Initiative erreichen wir das Ziel nicht. Deshalb bin ich ganz klar gegen die unnötige Tierhaltungsinitiative.

## RAUMPLANERISCHE GEDANKEN

Andrea Gmür, Ständerätin die Mitte

Aktuell kennen wir bereits strenge Vorschriften und Auflagen zur gesamten Thematik der Raumplanung. Mit der aktuellen Diskussion in den Kommissionen und bald dem Parlament rund um die Landschaftsschutzinitiative steht die Massentierhaltungsinitiative komplett schief in der politischen Diskussion.

Ein Beispiel: Würde die Initiative angenommen, hätte dies massive Auswirkungen auf den Landverbrauch. Bereits existierende Betriebe müssten extrem ausgebaut werden. Pro Betrieb müssten bis zu 9 Stalleinheiten zusätzlich gebaut werden.

Das ist eine raumplanerische Verrücktheit. Auch die Diskussionen zum Landschaftsschutz wären präsender denn je. Der Bau von zusätzlichen Objekten hat gerade im Berggebiet weitere schwierig überwindbare Hürden wie die Topografie oder Einschränkungen durch die Gefahrenabwehr zu berücksichtigen.

Mit den zusätzlichen Stallflächen steigen auch die Unterhaltskosten, im Gegenzug sinkt das landwirtschaftliche Einkommen. Zusammenfassend ein Spiessrutenlauf ohne Ende.

Es ist von allgemeinem Interesse, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche möglichst erhalten bleibt. Es werden in der Schweiz aktuell immer noch jede 1 Sekunde 1m<sup>2</sup> Fläche verbaut und gehen der Landwirtschaft als Produktionsgrundlage verloren. Mit der Annahme der Initiative würde die Landwirtschaft verpflichtet bauliche Massnahmen umzusetzen, um das Einkommen stabil zu halten und den gesetzlichen Anforderungen nachzukommen, oder man wäre gezwungen den einen oder anderen Betriebszweig aufzugeben und generiert das nötige Einkommen auf dem Nebenerwerb. Die Belastungen für den Betriebsleiter und dessen Familie würden sicherlich zunehmen.

Den Schweizer Nutztieren geht es gut und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Schutz der Tiere sind bereits heute ausreichend vorhanden. Die Auswirkungen bei einer Annahme wären fatal und für den Kulturlandschutz noch schlimmer. Ich bin gegen eine unnötige Verbauung der Landschaft. Wir haben bereits heute die Möglichkeit mehr Tierwohl zu unterstützen und das werde ich auch weiter hin. Deshalb stimme ich auf jeden Fall NEIN.

## ARBEITSPLÄTZE

Peter With, Präsident KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern

Wie bereits erfahren führt die Initiative zwingend zu einer massiven Reduktion der Tierbestände in der Schweiz und damit zu einem Rückgang der Fleischproduktion. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Fleisch stabil. Es ist somit naheliegend, dass das fehlende Fleisch importiert werden müsste, denn ein so schnell verändertes Konsumverhalten ist nicht zu erwarten.

Im Ausland haben wir das Tierwohl nicht im Griff, auch die negativen Effekte auf die Umwelt werden nicht gelöst, sondern nur verlagert. Unsere eigene Wirtschaft und unsere Landwirtinnen und Landwirte würden darunter leiden.

Prof. Dr. Mathias Binswanger von der Fachhochschule Nordwestschweiz hat eine Studie zu den Auswirkungen der Massentierhaltungsinitiative auf die Wertschöpfungskette und den Einkaufstourismus erstellt. Bei einer Annahme der Initiative würde die Schweinefleischproduktion in der Schweiz um rund 50 Prozent, die Eierproduktion um 36 Prozent und die Geflügelfleischproduktion gar bis zu 80 Prozent zurückgehen. Damit einhergehend würden Tausende der 300'000 Arbeitsplätze in der Land- und Ernährungswirtschaft gefährdet. Die vor- und nachgelagerte Branche der Landwirtschaft ist riesig. Es wären die Zulieferer und Dienstleister sowie auch Verarbeitungs- und Veredlungsbetriebe wie Metzgereien, Schlachthöfe, Eierhändler oder Teigwarenhersteller betroffen. Im Kanton Luzern hängt jeder elfte Arbeitsplatz direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab.

Wir haben bereits heute einen sehr hohen Tierwohlstandard in der Schweiz. Zudem besteht das geforderte Angebot, leider wird es zu wenig nachgefragt. Die Initiative ist unnötig. Deshalb empfehle ich allen, ein NEIN in die Urne zu legen.